

EUTEKTIKUM

ZEITUNG FÜR DIE FACHHOCHSCHULE
HAMBURG №2 JUNI '70, 20PF

Verweigert Fahrgeld und Studiengebühr
Streikbewegung in der BRD
Funktion und Grenzen von Streiks
Wie Sozialisten die Selbstorganisation sehen
Mitteilungen aus den Fachbereichen
Einmarsch in Kambodscha
Profitprobleme
Sozialisten und Forderungen der Fachhochschüler

Sozialisten und Forderungen der Fachhochschüler.

1. Das positive Programm hat die Grundzüge der gewerkschaftlichen Politik, ihre langfristigen Perspektiven und verschiedenen Etappen zu formulieren.
2. Der Inhalt des positiven Programms muß zur Schaffung eines Selbstbewußtseins in die Kraft der Studenten durch tagespolitischen Kampf um konkrete Forderungen beitragen und die Notwendigkeit der organisierten und solidarischen Interessenvertretung der Studenten aufzeigen.

Das positive Programm muß prinzipiell von den organisierten Studenten selbst formuliert werden und nicht von den Sozialisten. Das sollte die SGF aber nicht hindern, Vorschläge ganz konkreter und inhaltlicher Art zu machen, da ihre Stellung in der SO. es möglich und notwendig macht.

Die folgenden Thesen beziehen sich auf eine selbständig existierende "Studentengewerkschaft" und deshalb nur indirekt auf den gegenwärtigen Stand der SO.

Die Thesen sind zugleich zutreffend für die Stellung der Sozialisten zur gesamten Politik einer gewerkschaftlichen Organisation, da ein positives Programm nur die Formulierung der Grundzüge der Politik anhand von konkreten Ansatzpunkten ist.

Die Sozialisten unterstützen alle historisch-fortschrittlichen Forderungen. Historisch- fortschrittliche Forderungen sind solche, die die Notwendigkeiten der Änderung der kapitalistischen Gesellschaftsstruktur in Bezug auf die kommende sozialistische Gesellschaft schon jetzt im Ansatz verwirklichen oder andeuten.

Die Sozialisten unterstützen jede Verbesserung der sozialen Lage lohnabhängiger Schichten, soweit sie eine Verbesserung auf Kosten des kapitalistischen Profits ist; sie bekämpfen den Konkurrenzkampf unter den Lohnabhängigen und das bürgerliche Statusdenken, als eine Form des Konkurrenzkampfes.

Die Sozialisten verbinden agitatorisch und propagandistisch die gewerkschaftlichen Forderungen mit den Zielen des wissenschaftlichen Sozialismus. Das bedeutet, daß sie jede Forderung auf ihre gesellschaftliche Funktion zu analysieren haben und anhand der Analyse den Stellenwert und die Relevanz der Forderungen vermitteln müssen.

Voraussetzung für eine konsequente Kritik der SO-Politik vom sozialistischen Standpunkt ist deshalb eine Analyse der sozialen Struktur des organisierten Bereichs (Klassenanalyse), der zwangsläufigen ökonomischen Entwicklung im Hinblick auf den betreffenden Bereich im Kapitalismus und dem Stellenwert des betreffenden Bereichs in einer sozialisten Gesellschaft. (zB. Wachsende Bedeutung des Sozialisationsbereichs).

Die Sozialisten vertreten prinzipiell die Interessen des Proletariats als Klasse und nur sekundär aufgrund besonderer Situationen das partikulare Interesse einer bestimmten lohnabhängigen Gruppe.

Die Sozialisten heben gegenüber dem Besonderen das Allgemeine hervor, den gesellschaftlichen Zusammenhang, das Verbindende der gewerkschaftlichen Forderungen, -nicht das Partikulare.

Die Sozialisten haben die Aufgabe, reaktionäre Forderungen als solche zu entlarven und kleinbürgerliche Forderungen, in Bezug auf das tendenzielle Übergehen des Kleinbürgertums in das Proletariat zu verändern.

Die Sozialisten verbinden Forderungen des Ausbildungsbereichs grundsätzlich mit den Bedingungen und Anforderungen des Produktionsbereichs, vermitteln die objektive Zugehörigkeit des größten Teils der Studenten zum Proletariat und die daraus folgenden organisatorischen Konsequenzen.

Die Sozialisten sind sich über die Priorität des Produktionssektors im Klaren und vermitteln deshalb die Notwendigkeit der organisatorischen Perspektive der Selbstorganisation in Bezug auf proletarische Gewerkschaften und streben deshalb langfristig

eine enge Zusammenarbeit mit gewerkschaftlichen Organisationen im Produktionsbereich an.

Die Sozialisten sind bestrebt, das objektive Interesse aller Lohnabhängigen an der Aufhebung des Lohnsystems zu vermitteln als gewerkschaftliche Hauptaufgabe. Deshalb heben sie Forderungen, die an die Ursachen des kapitalistischen Systems gehen gegenüber dem Kleinkrieg gegen Wirkungen hervor. Die Sozialisten unterstützen deshalb besonders solche Forderungen, durch die der Konflikt mit dem Kapital offensichtlich wird und die die Notwendigkeit der proletarischen Solidarität und des Klassenkampfes aufzeigen.

Die Sozialisten vertreten prinzipiell den erkenntnistheoretischen Grundsatz der Vermittlung abstrakter theoretischer Zusammenhänge und Inhalte durch praktisch sinnliche Wahrnehmung. Das heißt, daß eine gewerkschaftliche Organisation nicht primär Propaganda-Apparat, sondern

Organisator von direkten Aktionen, Kampagnen und anderen Formen praktischer Interessenvertretung sein muß.

Die Sozialisten sind bestrebt, das Klassenprivileg der Bildung aufzulösen. Das heißt, daß die Zusammenarbeit langfristig mit Berufs-, Fach- und Fachoberschulen vorrangige Bedeutung hat gegenüber der Zusammenarbeit mit der Universität, daß die Aufrechterhaltung und Erleichterung des 2. Bildungswegs (z.B. in Bezug auf HWP) eine wichtige Aufgabe ist.

Die Sozialisten sind sich über die zyklische Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft und die Auswirkungen in Bezug auf Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften im Klaren. Deshalb unterstützen sie die Forderung nach einer Ausbildung, die nicht den zyklischen, kurzfristigen Interessen des Kapitals dient, sondern auf einer langfristigen Planung der ökonomischen Entwicklung beruht.

Verweigert Fahrgeld und Studiengebühr!!!

Der Staat als Organ der Herrschaft der Kapitalistenklasse kennt viele Methoden, sich auf Kosten der arbeitenden Klasse zu erhalten - und nicht nur zu erhalten! Als eine solche Methode müssen wir auch die Erhebung der Studiengebühren und Kosten für die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel verstehen. Am härtesten betroffen sind hiervon die sozial schwachen Gruppen, die sich in der Ausbildung befindet, Schüler, Lehrlinge und Studenten

Es wird deutlich, daß das Kapital an einer finanziellen Erleichterung und Unterstützung der Lernenden nicht interessiert ist. Beispiel: Die von den Studenten schon lange geforderte Aufhebung der Studiengebühren war bisher "unmöglich" - jedoch war es auf der anderen Seite innerhalb kurzer Zeit sehr wohl möglich, zusätzlich 60 Mill. DM (von 75 auf 135 Mill.) für das Prestige-Projekt Kongresszentrum bereitzustellen, da hinter dieser Forderung die "richtige" Interessengruppe steht...

Der Druck der Studentenschaften an den niedersächsischen Hochschulen



hat die Präsidenten der Bundesländer gezwungen, für das Wintersemester 70/71 generelle Gebührenfreiheit für alle Universitäten und Fachhochschulen zu beschließen. Die Forderung nach sofortiger Abschaffung ist damit jedoch nicht erfüllt. Hochschule und Fachhochschule müssen gemeinsam an dieser Forderung festhalten, denn es kann nie in unserem Interesse liegen, mit dem von uns oder unseren Eltern erarbeiteten Geld den Verwaltungsapparat dieses Staates mitzufinanzieren.

Von dem Zwang, Fahrgeld zu entrichten, sind jedoch nicht nur alle in der Ausbildung stehenden betroffen, sondern die gesamte, auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesene, Bevölkerung. Deshalb ist diese Kampagne von größerer Wichtigkeit. Nicht genug damit, daß Arbeiter, Angestellte und Beamte den größten Teil des Tages ohne Bezahlung arbeiten müssen - (sie "verdienen" nur, was sie zum Leben brauchen und nicht, was sie täglich erarbeiten) - das

Kapital kassiert von dem ohnehin knappen Lohn auch noch für den Weg, den der Arbeiter zum Arbeitsplatz zurücklegen muß.

Durch seine Unfähigkeit, langfristige zu planen, behindert sich das Kapital ständig selbst. Nicht erst seit heute sind die Straßen für die Massen der wild darauflos produzierten Autos, sind die Verkehrsmittel für den Transport der ebenfalls wild

produzierten Güter nicht ausreichend. Sie reichen nicht aus, um die arbeitende Klasse schnell zu ihrem Arbeitsplatz zu befördern. Auch hier soll diese selber durch die Errichtung von Steuern und Fahrgeld für die Behebung dieser Mißstände aufkommen. Es wird Zeit, endlich Widerstand zu leisten! Die Kampagne, von allen betroffenen Gruppen getragen, muß ein Erfolg werden! Durch ein gemeinsames Vorgehen werden wir unsere gemeinsame Lage und unsere Kraft erkennen!

Allerdings... wir dürfen uns nicht täuschen lassen. Das Kapital wird, nachdem es diese Schlappe - unseren Erfolg - hinnehmen mußte, den Verlust an anderer Stelle von der arbeitenden Bevölkerung zurückholen. Dazu ist es durch seine eigene Existenz gezwungen, denn es kann nicht zugeben, die gesellschaftlich produzierten Anlagen auch gesellschaftlich zu nutzen.

Machen wir uns nichts vor: Die Fahrgeldkampagne kann nur ein erster Schritt sein.

Streik *Bewegung in der* BRD

Der Kampf um eine Verbesserung der sozialen Lage und eine Besserung während der Ausbildung ist ein fortschrittlicher Kampf, weil er die Gegensätze in der kapitalistischen Gesellschaft verschärft. Der Kreislauf in der kapitalistischen Wirtschaft (wirtschaftlicher Aufschwung, Hochkonjunktur, Krise) und die Auswirkungen in Bezug auf Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften machen eine selbständige Interessenvertretung der Arbeiter gegenüber dem Kapital notwendig.

Kennzeichnend für die jetzige Prosperitätssphase (letzte Krise 66/67) ist das enorme Ansteigen des Profits des Kapitalisten gegenüber nahezu gleichbleibenden Löhnen. Der Lohn der Arbeiter steigt in keinem Verhältnis zum gesellschaftlich produzierten Reichtum. Immer mehr Arbeiter werden sich dessen bewußt.

Der Klassenkampf zeigt sich in der Forderung nach höheren Löhnen, Verkürzung der Arbeitszeit, Abschaffung des Akkordsystems und besseren Arbeitsbedingungen.

So haben in den ersten fünf Monaten dieses Jahres in vielen Städten der BRD zig-tausend Arbeiter gestreikt.

In einem 18 - tägigen Streik hat die gesamte Arbeiterschaft des Dorstener Metzeler Betriebs (Chemie) gegen den Alleinaktionär die 40-Stunden Woche, eine Lohnerhöhung um 10 Pf pro Stunde und einen Lohnausgleich von 3,1 % durchgesetzt.

1 000 Arbeiter des amerikanischen Landmaschinenkonzerns (Lanz) in Zweibrücken haben für die seit Wochen geforderte Lohnerhöhung um 4,8% gestreikt und demonstriert. "Wir schaffen für den gleichen Gewinn topf, aus dem der Konzern zahlen kann."

Bei Daimler Benz und im Stahlwerk Rheina u, Mannheim sowie in zwei Essener Kruppbetrieben sind die Arbeiter in einen Kurzstreik gegen den Lohnrückstand getreten.

In den Ford-Werken Köln haben mehrere 1 000 Arbeiter gestreikt. Sie forderten Erhöhung der Stundenlöhne, Neuregelung der Laufgeschwindigkeit der Fließbänder und bezahlten, arbeitsfreien Silvestertag.

1 500 Arbeiter streikten in Frankfurt um Lohnerhöhung.

In Belgien haben 50 000 Arbeiter in einem Streik eine Lohnerhöhung und Abschaffung des Akkordsystems gefordert. Dieser Ausstand ist ohne Billigung der Gewerkschaften von den Arbeitern selbstorganisiert, denn die belgischen Gewerkschaften erhalten für jedes 1/4 Jahr, in dem sie Streiks verhindern, 0,5% der Bruttolöhne als Prämie von den Stahlindustriellen.

Auch im "Sozialstaat" Schweden sind Arbeiter für ihre Interessen eingetreten. Nachdem 5 000 Arbeiter im staatlichen Bergbau und Eisenwerkengesellschaft die Arbeit niedergelegt haben, streikten 4 Wochen später in ganz Schweden die Arbeiter der Metall-, Automobil- und Werftindustrie. Dies ist seit 25 Jahren der erste große Streik in Schweden.

Die Interessen des Kapitals beherrschen nicht nur den Produktionsbereich sondern auch den Ausbildungsbereich. Dem Interesse der Schüler, Lehrlinge, Fachhochschüler und Studenten an einer qualifizierten Ausbildung steht das Verwertungsinteresse des Kapitals gegenüber.

Nur die Studenten erhalten eine qualifizierte Ausbildung, deren Fachrichtung dem augenblicklichen Bedarf der Wirtschaft entspricht.

Die sich in der Ausbildung Befindenden sind gezwungen, selbst für ihre Interessen gegenüber dem Kapital zu kämpfen.

In Braunschweig hat Ende April eine Demonstration von 800 Technikerschülern aus verschiedenen Städten stattgefunden. Sie forderten eine



TECHNIKER- KRANKENKASSE

ERSATZKASSE FÜR
DIE TECHNISCHEN BERUFE

Kassenstunden:

montags bis freitags v. 9.00-13.00
außerdem donnerstags v. 16.00-18.00

2000 Hamburg 4
Millerntorpl. 1 - Postf. 228
Ruf: 31 13 21

Beratung auch in den AStA-Büros
der Ingenieurschulen.

bessere Besoldung ihrer Dozenten; denn es besteht die Gefahr, daß die Dozenten in die Industrie abwandern, weil sie dort ein höheres Gehalt bekommen. Damit ist zwangsläufig eine Verschlechterung der Ausbildung verbunden.

Die Elternräte in Oldenburg protestierten gegen die katastrophale Lage an Volks- und Sonderschulen. In einer Protestresolution an den Landtag und an das Kultusministerium fordern sie bessere Besoldung und größere Anzahl der Lehrer, bessere Räumlichkeiten, qualifiziertere Ausbildung der Pädagogikstudenten und eine Rationalisierung des Unterrichts.

In 22 Städten streikten Gymnastien gegen den numerus clausus an den Universitäten und Fachhochschulen.



Funktion und Grenzen von STREIKS

Die letzten Ursachen "aller gesellschaftlichen Veränderungen und politischen Umwälzungen" sind nicht in den Köpfen der Menschen zu suchen, "sondern in Veränderungen der Produktions- und Austauschweise" also "in der Ökonomie der betreffenden Epoche." (Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, Fischer Ausgabe, Band 1, S. 164)

Engels spricht hier nur die historisch-materialistische Banalität aus, daß nicht die Ideen den Gang der Geschichte bestimmen, sondern umgekehrt, der Gang der Geschichte die Ideen der Menschen produziert.

Der Gang der Geschichte des Kapitalismus, der die Idee des Sozialismus produziert, wird beschleunigt durch gewerkschaftliche Arbeit und durch den allseitigen Kampf der Arbeiterklasse. Die Revolution kommt näher durch die allseitige Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, also durch die Entwicklung der Produktivkräfte, die letztlich immer die Ursache für die Sprengung von Produktionsverhältnissen sind. Die Revolution kommt nicht allein dadurch näher, daß wir beginnen, die Idee des Sozialismus ins Proletariat "hineinzutragen". Mit der Idee des Sozialismus wird das Proletariat seit 100 Jahren mehr oder weniger stark konfrontiert. Ob diese Konfrontation, die es immer gegeben hat, zu einer revolutionären Bewegung führte oder führt, das hängt grundsätzlich ab von den Bewegungen in der ökonomischen Basis - von der Entwicklung der Produktivkräfte.

Der Sozialismus ist auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung der Produktivkräfte das logische Produktionsverhältnis. Es ist also zutiefst unmarxistisch, wenn einige "Linke" meinen, sie müßten die Entwicklung der Produktivkräfte hemmen, was erstens unmöglich ist und zweitens die Entwicklung zum Sozialismus nicht beschleunigt sondern verlangsamt. Leute, die z.B. meinen, die DGB-Forderung nach Mitbestimmung würde eine Integration der Arbeiter bedeuten und den antagonistischen Widerspruch in dieser Gesellschaft verschlei-

ern, haben wenig vom Marxismus begriffen. Die Erfüllung der Mitbestimmungsforderung wäre ein Schritt zur Vergesellschaftung der Produktion, was die Kapitalistenklasse mehr und mehr überflüssig macht. Genau diese Entwicklung hebt aber das Kapitalverhältnis und die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte nicht auf - sondern treibt die Widersprüche des Kapitalverhältnisses auf die Spitze. Diese Verschärfung der Widersprüche macht dem Umschlag dieser Gesellschaftsordnung in eine neue, höhere Qualität nötig und möglich.

Das Wiederaufkommen der Ideen des Sozialismus in Westdeutschland (nachdem unter dem Faschismus mit der Masse der Sozialisten auch die Masse der sozialistischen Ideen ermordet worden war) zeigt, daß Veränderungen in der ökonomischen Basis vor sich gegangen sind. Die Weiterentwicklung dieser ökonomischen Basis wird zu einer weiteren Entfaltung sozialistischer Ideen beitragen, sofern die Kapitalisten nicht wieder eine faschistische Ordnung errichten - wie sie es vor 33 in Europa getan haben und es jetzt in Südamerika, Griechenland, Süd-Vietnam und Kambodscha täglich tun, um damit die Revolution zu verhindern. Die Bekämpfung des Faschismus ist auch eine Aufgabe, die im wesentlichen durch gewerkschaftliche Arbeit geleistet werden muß, und die auch die Gewerkschaften und die SPD bis zu einem gewissen Grade leisten. In diesem Sinne war oder ist auch unser Kampf gegen Springer, die Notstandsgesetze, den Vietnamkrieg oder jetzt Kambodscha ein notwendiger und richtiger Kampf, weil er versucht die Faschistisierung und Militarisierung dieser Gesellschaft zu bekämpfen.

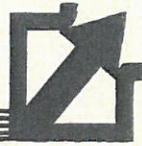
Noch einmal: Sozialistische Ideen werden sich notwendig weiterentwickeln, wenn sich diese Gesellschaft weiterentwickelt. Dazu trägt gewerkschaftliche Arbeit in der Gesamtgesellschaft und auch im FHS-Bereich in bedeutendem Maße bei.

Im FHS-Bereich heißt gewerkschaftlicher Kampf: Kampf für bessere Ausbildung, höhere Stipendien, bessere Berufschancen, höhere Qualifizierung, einen Ausbau des zweiten Bildungsweges usw. Diese Forderungen sind fortschrittlich, weil sie einmal zur Entwicklung der Produktivkräfte der Arbeit beitragen und zum anderen die Bildung eines Teils des Proletariats erhöhen, wodurch es eine größere Möglichkeit hat, seine eigene Lage zu erkennen.

Der Zusammenschluß der Lohnabhängigen oder der FHS-Schüler in gewerkschaftlichen Organisationen für den täglichen Kampf gegen das Kapital ist notwendig, um der Tendenz des Kapitals, die Lohnabhängigen absolut verelenden zu lassen, entgegen zu wirken. Durch den gewerkschaftlichen Kampf kann diese Tendenz der absoluten Verelendung zumindest in eine nur relative umgewandelt werden. Diesen Kampf unterstützen Sozialisten. Die Leute dagegen, die meinen, es ginge den Proletariat zu gut, und es müsse ihm schlechter gehen, damit es bewußter werde, reden Unsinn, denn die Tatsächlichen Verläufe der revolutionären Kämpfe aller Länder haben sie widerlegt.

Ohne ökonomischen Kampf ist eine Revolution unmöglich. Der ökonomische Kampf bildet eine wesentliche Grundlage für die Tätigkeit der Sozialisten. Er hat eine wesentliche Bedeutung für die Bewußtwerdung des Proletariats. Die Arbeiter und auch die FHS-Schüler verlieren den Glauben an die Unerschütterlichkeit dieser Gesellschaftsordnung. Sie erkennen ihre eigene Stärke, die Notwendigkeit des organisierten Zusammenschlusses und des kollektiven Handelns.

Genauso dumm, wie es ist, nichts von gewerkschaftlicher Arbeit zu halten, ist es, sich auf gewerkschaftliche Arbeit zu beschränken und zu meinen, mit ihr allein können man diese Gesellschaft grundsätzlich ändern. In den Gewerkschaften sind alle Leute organisiert, die irgendwie unzufrieden sind mit ihrer eigenen Lage und in irgendeiner Form bereit sind, für die Verbesserung dieser Lage zu kämpfen. Diese Arbeiter sind sich aber in ihrer Masse über



An der WKS wurde drei Wochen gestreikt! Warum kann mit dem Streik keine Forderung durchgesetzt werden?

1. Die WKS gehört zum Ausbildungsbereich. Die Schule ist also kein Produktionsbereich.
2. Der Adressat unseres Streiks waren Behörde und Direktor. Die Ursache für die schlechte Ausbildung liegt nicht bei ihnen. Die Situation im gesamten Ausbildungsbereich zeigt deutlich die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Planung von Produktion, Verteilung und Ausbildung.
3. Mit seiner zu geringen organisatorischen Kraft war der Streik nicht stark genug um gegen den Staat anzukommen.

Was können wir aus dem Streik lernen?

1. Vereinzelte, individuelle Forderungen nach Veränderung sind nicht durchsetzbar.
2. Wenn wir solidarisch zusammenarbeiten ist die Möglichkeit der Durchsetzung unserer Forderungen größer.
3. Die geordnete und geplante Selbstverwaltung ist möglich. Wir sind in der Lage, unsere Belange selbst in die Hand zu nehmen.
4. Konsequenz:
Wir müssen lernen und diskutieren. Wir müssen Ursache und Wirkung begreifen. Wir müssen uns die sozialistische Theorie aneignen, wenn wir uns über die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen wir leben bewußt werden wollen.

die Ursachen der Unzulänglichkeiten dieses Systems gar nicht im Klaren - deswegen ist auch von diesen Arbeitern, die liberal, sozialdemokratisch, antikapitalistisch oder sozialistisch sind, kein einheitlicher Kampf gegen das System zu erwarten. Sie können nur Widerstand gegen Auswirkungen des

Systems leisten, und dies ist die Aufgabe gewerkschaftlicher Arbeit - nämlich vorteilhaftere Bedingungen für den Verkauf der Arbeitskraft durchzusetzen. Hier werden auch die Grenzen gewerkschaftlicher Arbeit deutlich: Sie kann die Lage der arbeitenden Bevölkerung verbessern - aber sie kann nicht die Bedingungen ändern, unter denen die Arbeitskraft zur Ware wird und verkauft werden muß - sie kann also die Lohnarbeit nicht aufheben!

Das kann diese Organisation deshalb nicht, weil ihr der einheitliche Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus fehlt (und fehlen muß auf Grund des pluralistischen An-

satzes). Den einheitlichen Standpunkt, der notwendig ist für eine straffe Organisation, ohne die wir diese Gesellschaftsordnung nie grundsätzlich in Frage stellen können, kann sich nur der bewußteste Teil des Proletariats in einer revolutionären Organisation, die den politischen, theoretischen und ökonomischen Kampf führt, erarbeiten.

Neben der Organisation für den Tageskampf (Gewerkschaften) ist also die revolutionäre Organisation (Kommunistische Partei) notwendig.

Diese kommunistische Partei ist für das Proletariat letztlich die wichtigste Seite seiner Organisierung!

AUS DEN FACHBEREICHEN

Seefahrtschüler:

Seit 2 Jahren kämpfen alle Seefahrtsschüler um eine Berufsbezeichnung, die ihrem zukünftigen Berufsbild entspricht. Die Seefahrtsschüler müßten eine höhere und andere Qualifikation erhalten, die den heutigen Verhältnissen im Bereich des Transportwesens entspricht. Diese Berufsausbildung würde den Absolventen einen späteren Wechsel vom Schiff an Land erleichtern (80 % der Absolventen der Seefahrtsschulen wechseln innerhalb von acht Jahren ihren Beruf und ergreifen schlechter bezahlte Stellen an Land.) Diesen Bestrebungen, die Möglichkeiten ihrer Berufsausübung auszuweiten, steht das Interesse des Reeders gegenüber, seine Personalmisere, die aus schlechten sozialen Bedingungen resultiert (geringe Bezahlung, schlechte Unterkünfte, miserable Urlaubsregelung) zu beheben.

Die Kultus- und Schulbehörden der Küstenländer, wie immer eifrig zu Diensten der Kapitalisten, (die sich für die Bezeichnung 'Kapitän grad.' einsetzen, wollten es auch den Reedern recht machen, wurden aber durch die solidarische Aktion von 80 Seefahrtsschülern auf der letzten Ausschußsitzung der Küstenländer (StAK) in Kiel daran erin-

tert, daß sie auch mit den Seefahrtsschülern rechnen müssen.

Technikerabendschule:

Die Schulbehörde hat entschieden, daß die Technikerabendfachschole (Ing.-Schule Berliner Tor) organisatorisch dem Gewerbeschulbereich angegliedert wird. Gleichzeitig soll in Zukunft die Techniker Ausbildung auch räumlich an die Gewerbeschulen verlagert werden. Die Techniker befürchten, daß dadurch ihre Ausbildung abgewertet würde (und damit natürlich ihr Preis auf dem Arbeitsmarkt), denn die neuen Unterrichtsbedingungen wären: schlechtere Dozenten, weniger und noch schlechtere Labors. Sie befürchten, daß die Industrie zwischen dem Ingenieur und dem Techniker eine Zwischenstufe einführen wird: der Techniker wäre dann im Vergleich zum Ingenieur nicht nur zweit - sondern drittrangig.

Die Forderungen der Techniker sind :

1. Angliederung der TAF an den Fachbereich der FHS
2. Angleichung der Ausbildung an die EWG - Norm
3. Bildung einer eigenständigen Technikerschule (Tages - u. Abendunterricht), damit auch die Studierenden in Hamburg das Arbeitsförderungsgesetz in Anspruch nehmen können

Uchrotechnik:

Fortschrittliche Dozenten des Fachbereichs E haben in langer, mühevoller Arbeit eine fortschrittliche, zukunftsweisende Prüfungsordnung ausgearbeitet. Man wollte wohl den Studenten einmal zeigen, daß es auch geht, daß man nur durch konstruktive, nicht aber durch zersetzende Kritik etwas erreichen könne.

Leider ist jedoch die Reform auf dem langen Marsch durch den Behördenapparat hängen geblieben, die Behörde erklärte sich nicht für zuständig.

Das hatten die Dozenten nicht erwartet: man ließ die Studenten der Prüfungssemester zusammenrufen und erklärte, daß man zwar nicht zum Prüfungsboykott aufrufen würde, daß man die Studenten aber unterstützen werde, falls....

Diese Erklärung fand Beifall bei den Studenten, in den nächsten Tagen wurden Boykott-Unterschriftenlisten des FASTA beim Fachbereichssprecher E abgegeben.

Jedoch: diese radikalen, ja terroristischen Aktivitäten verebten ebenso rasch, wie sie aufkamen. Von kompetenter Stelle wurde dem Dozentsprecher klar gemacht, daß die Prüfungsordnung selbst bei einem Boykott juristisch keine Chance hätte, durchzukommen. Der Boykott wurde abgeblasen.

Seefahrtsschule:

Delegierte der DAG forderten im Februar die Verkürzung der Arbeitszeit auf Schiffen der kleinen Fahrt von 12 (zwölf) auf acht Stunden täglich sowie auf den Fabrikschiffen der deutschen Hochseeschiffferei von 16 (sechzehn) auf 12 (zwölf) Stunden täglich. Außerdem die Herstellung eines Rechtsanspruchs der Seeleute auf Mitnahme der Ehefrau an Bord deutscher Seeschiffe!

"Das Personal braucht jetzt nur noch an Wochentagen zwischen 6 Uhr vormittags und 6 Uhr nachmittags anwesend sein. Jeden Morgen wird im Hauptbureau das Gebet gesprochen". (Arbeitsbestimmung eines Betriebes 1863 - 1872. Aus: Frankfurter Rundschau v. 23.3.70)
Die Arbeitszeit der Seeleute ist demgegenüber gestiegen, dafür aber entfällt das morgendliche Gebet.(!)

"Durch diese Mehrbelastung wird die Schiffssicherheit auf kriminelle Art und Weise gefährdet (Matrosen machen 200 Überstunden pro Monat). Gefängniszellen sind durch gesetzliche Verordnung größer als der Wohnraum auf Seeschiffen."

Aus: Flugblatt des Dienstagskreises der Seefahrer.
Zum: 781 ten Hafengeburtstag.

Bauschule:

Arbeitsgruppen nehmen die Interessen selbständig wahr!
Dr. Schellenberg, eifriger, aber ehrlicher Vertreter der Behörde, versuchte über eine Semestersprecherkonferenz einen Keil zwischen die Fh-Schüler zu treiben, die eine SO befürworteten. Es gelang ihm nicht. So wurde z.B. eine von ihm und den Dozenten beschlossene Prüfungsordnung von der Arbeitsgruppe der SO als nicht annehmbar abgelehnt.

Sozialpädagogischer Justiz:

Die Schulleitung des Sozipä versuchte die Bibliothekarschule und das Sozipä über ein Raumproblem gegeneinander auszuspielen. Die Studentenschaft fiel auf diese Taktik der Schulleitung herein und hat eine Resolution verfaßt, die sich gegen die Bibliothekarschule richtet. Anscheinend hat der Fasta trotz regelmäßiger Mitarbeit im Plenum der SO die Grundlage der Solidarität aller Fh-Schüler nicht begriffen.

Werkkunstschule:

Der dreiwöchige Streik wegen fehlender Dozenten ist beendet. Die Werkkunstschüler zogen die Konsequenzen. Sie wählten während des Streiks ihre Vertreter der SO (Fasta) Näheres Seite 7

eutektikum

Zeitschrift für die hamburger Fachhochschüler

Redaktion: Sozialistische Gruppe Fachhochschule

Druck: Schlüter, Hamburg

Auflage: 2500

z.Zt.gültige Anzeigen - Preisliste III



Wie Sozialisten die Selbstorganisation sehen

Noch vor fünf Monaten war der Asta-Arbeitskreis (Vertreter der Fachhochschüler) unfähig, als organisatorische Spitze der Fachhochschüler zu arbeiten.

Wir, die Sozialistische Gruppe Fachhochschule, kritisierten im Asta-AK dauernd die schlampige und wirre Arbeit. Aufgrund unserer sozialistischen Schulung waren wir in der Lage, Vorschläge zu machen.

Wir meinen, die Fh-Schüler sind ein Teil der Arbeiterklasse, und als Sozialisten kämpfen wir für die Interessen der Arbeiterklasse.

Es war uns wichtig, den Fh-Schülern beim Aufbau einer selbständigen und unabhängigen Organisation zu helfen. Unabhängig von den bürgerlichen Parteien der Staatsbürokratie und den Kapitalbesitzern, die -wir erleben es im ökonomischen und politischen Kampf- die Feinde der Arbeiterklasse und damit auch der Fachhochschüler sind.

Wir bestanden also auf Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Fachhochschülerorganisation. Aufgrund unseres Klassenstandpunktes konnten wir beim Aufbau der SO weitere wichtige Hinweise geben, z.B. Unterstützung des Streiks an der Ingenieurschule Berliner Tor

Wir drängten auf einen verbindlichen Arbeitsstil im Asta-AK. Zum ersten Mal wurde in mehreren Fachbereichen eine einheitliche Politik gemacht, die ein Musterbeispiel für die weitere Arbeit der Selbstorganisation darstellen kann. Arbeitsgruppen der Fachhochschüler arbeiteten erstmalig für die selbständige Vertretung ihrer Interessen.

Bald waren im Asta-AK (jetzt Plenum der SO !) viele neue Gesichter aus der Studentenschaft zu sehen. Innerhalb von vier Monaten hat sich der Asta-AK völlig gewandelt, -eine arbeitsfähige Fachhochschüler Organisation ist entstanden.

Das ist ein beispielhafter Erfolg, der auch in anderen Bundesländern Interesse gefunden hat. Mit dem Aufbau der

SO ist nur die Voraussetzung geschaffen für die Arbeit, die sie zukünftig leisten kann und soll.

Das politische Selbstverständnis der SO insgesamt, ist ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit in der Vertretung der Interessen aller Fachhochschüler. Also ein bestimmter, aber weit gesteckter Rahmen, der eine Vielzahl von Schattierungen zuläßt. Das Demokratieverständnis besteht in der Verbindlichkeit von Mehrheitsentscheidungen und ihrer gemeinsamen und einheitlichen Durchführung. Selbstverständlich arbeiten auch sozialistische Fachhochschüler in der SO.

Die gewählten Vertreter der Selbstorganisation bestehen aus ca. 60 Leuten aus 8 Fachbereichen und es bestehen Arbeitsgruppen in 5 Fachbereichen. Der Einfluß der SO ist so breit und tief, wie der Umkreis der von diesen 60 Leuten tatsächlich geleisteten Arbeit und wie die hauptsächlich spontane Tätigkeit der übrigen Fh-Schüler. Ansehen und Macht der Selbstorganisation ist bestimmt durch das Maß, wie die Mitglieder tatsächlich mit allen Fachhochschülern verbunden sind.

Die 60 Aktiven sind diejenigen, von denen die Kontinuität der Arbeit ausgehen soll. Wenn wir dafür folgenden Maßstab angeben; beständige Arbeit im Fachbereich, Vorbereitung auf die Sitzungen des Plenums, selbständige Auseinandersetzung mit den Problemen der politischen Arbeit, Vorschläge, Übernahme von technischen Arbeiten, also aktive statt passive teilnahme-, so können wir diesen Kreis gegenwärtig mit 10 Leuten angeben. Wobei der Personenkreis nicht fest bestimmbar ist, er schwankt ebenfalls mit den individuellen Möglichkeiten, mit aktuellem Anlaß, spontanem Aufschwung. Unbestimmbarkeit ergibt sich auch daraus, daß sich bei einzelnen Mitgliedern verschiedene politische Interessen mit der Selbstorganisation überschneiden.

So liegt die größte Kontinuität beim Zentralrat. Seine Aufgabe ist es, Vorschläge zu erarbeiten, um so die kontinuierliche Arbeit der SO insgesamt zu ermöglichen.

Der Einfluß der SO, oder die SO selbst lassen sich nicht unabhängig bestimmen vom Inhalt ihrer Arbeit. Nach der Einleitungsphase und der Phase der Konstituierung der SO folgt nun die eigentliche und inhaltliche Arbeit.

Diese Inhalte können nicht einfach abstrahiert werden von den besonderen Problemen der Fachschaften, sondern müssen ebenso geleitet sein vom Klasseninteresse des Proletariats und dem gegenwärtigen Stand der Klassenkämpfe.

Die Aufgabe der SO ist unserer Meinung nach: den Kampf der Fachhochschüler gegen die Kapitalisten und ihren Staat

besser zu organisieren.

Sie muß Untersuchungen und breite Enthüllungsarbeit in den Fachbereichen leisten, Streiks usw. unterstützen und organisieren, sowie darauf hin arbeiten, daß alle Fachhochschüler gemeinsam vorgehen.

Wie die Fachhochschüler sich zusammenschließen, müssen sich die einzelnen selbständigen Organisationen der Arbeiter, Lehrlinge, Schüler und Fachhochschüler wiederum zusammenschließen.

Die Fachhochschüler nehmen so am Klassenkampf der Arbeiterklasse teil, der nach der gewaltsamen Machtergreifung der Arbeiterklasse mit der Verwandlung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum, der Aufhebung aller Klassen enden wird.

AUFRUF

Schreibt Leserbriefe an
EUTEKTIKUM

2 Hamburg 1
Berliner Tor 21

"Unruhe muß immer in der Jugend sein. Was wäre das für eine Jugend, die nicht unruhig wäre! ..."

Es gibt auch die Möglichkeit, sich auf andere Weise kritisch zu äußern. Man kann einen **LESERBRIEF** schreiben." (Kiesinger)



Die Mehrzahl der Ingenieurstudenten sind Mitglieder der
TECHNIKER-KRANKENKASSE

Diese Krankenkasse ist eine Selbsthilfeeinrichtung und wird von ihren Mitgliedern selbst verwaltet. Während des Studiums zahlen Sie nur folgende, jeweils für 1 Semester im voraus zu entrichtende Monatsbeiträge:

Ohne Anspruch auf Familienhilfe DM 11,-
mit Anspruch auf Familienhilfe DM 13,-

Trotz des geringen Beitrages haben Sie Anspruch auf einen umfassenden Versicherungsschutz. Die **TECHNIKER-KRANKENKASSE** ist als Ersatzkasse Körperschaft des Öffentlichen Rechts und unterhält Geschäftsstellen im gesamten Bundesgebiet einschl. Westberlins. Die Kassenmitgliedschaft bleibt auch nach beendigem Studium - unabhängig von der Höhe Ihres künftigen Verdienstes - erhalten.



Versuchs- kaninchen- organisieren sich!

Reform

Das jüngste Kind der deutschen Bildungsanarchie heißt Fachoberschule (FOS) und ist selbstverständlich eine Mißgeburt.

Seit einigen Semestern wird die FOS von Funktionären der Ingenieurstudenten und anderen Bildungsreformern gefordert, als ein Mittel, die Ungleichheit der Bildungschancen zu überwinden: Die FOS sollte einer größeren Anzahl von Volksschülern ein Studium ermöglichen; von neuer Didaktik war die Rede.

Was sich nun in der Praxis als FOS präsentiert, hat mit den idealistischen Schwärmereien der Bildungsreformer natürlich nichts zu tun.

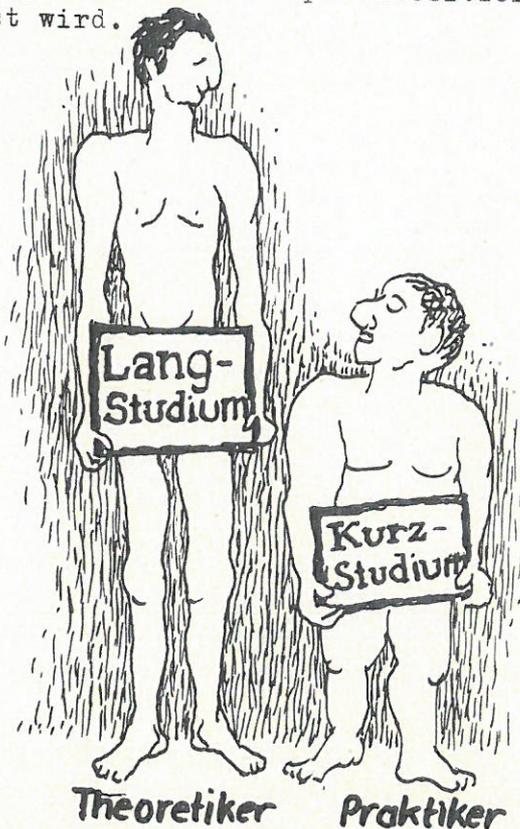
Nach dem Bedarf des Kapitals

Das Bildungswesen ist der Lieferant qualifizierter Arbeitskräfte für den Arbeitsmarkt. Und über die Art der Qualifikation, "wie unser Wissen und Können zunimmt, darüber entscheiden Kriterien der Machtausweitung und nicht der gesellschaftlichen Wohlfahrt" (H. Kraucht, Leiter eines Forschungsinstitutes). Oder wie unser Bundeswissenschaftsminister Leussink es ausdrückt:

"...Es wird letztlich immer eine politische Frage sein, wieviele des jeweiligen Jahrganges man bis zum 16. Lebensjahr, wieviele man bis zum 18. Lebensjahr (30, 40 oder 50%) in die allgemeine Vollzeitschule schicken will bzw. welcher Prozentsatz jeweils in den angegebenen Lebensaltern bereits in die Berufe abwandern soll. Desgleichen ist es eine politische Entscheidung, wieviele des jeweiligen Jahrganges ein sogenanntes Langstudium ... und wieviel Prozent ein sogenanntes Kurzstudium absolvieren sollen."

Die Frage, wer gut und wer weniger gut ausgebildet wird, ist also eine politische Frage, die im Interesse

der politisch, also wirtschaftlich Mächtigen- also der Kapitalbesitzer- gelöst wird.



Je nach dem kurzfristigen Bedarf der Industrie wird also ein bestimmter Prozentsatz in den Beruf "abwandern". müssen oder ein Langstudium absolvieren können oder aber wird über die Fachoberschule auf die Fachhochschule geschickt, um dort zu willigen, aber billigen Arbeitskräften herangebildet zu werden (Je mehr die Produktion (hier: Ausbildung) der Ware Arbeitskraft kostet, desto teurer muß sie der Kapitalist auf dem Arbeitsmarkt bezahlen.)

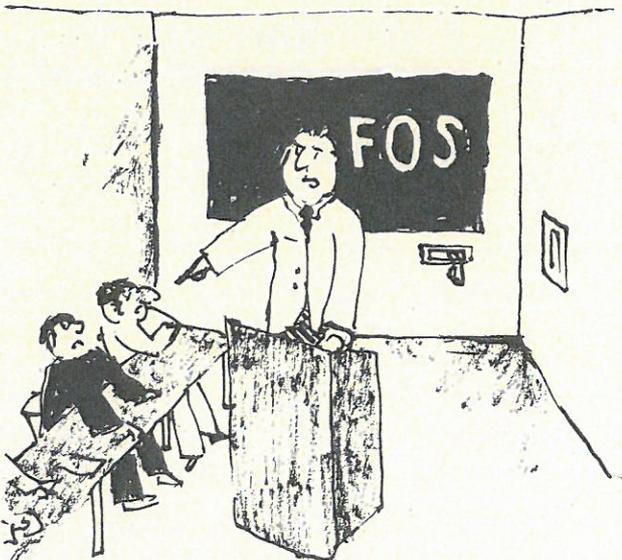
Statt Planung - Anarchie

Das Bildungssystem, ist also vom Arbeitsmarkt d.h. von den kurzfristigen Interessen der Kapitalbesitzer bestimmt. Die Kapitalisten sind zwar in der Lage, die Fertigung ihrer Produkte exakt zu planen, müssen aber versagen wenn gesamtgesellschaftlich und langfristig geplant werden soll. Diese fehlende Planung drückt sich für die Fachoberschüler aus, in der völligen Unsicherheit über die Ausbildung an der FOS, in der Ungewissheit, überhaupt auf die FHS zu gelangen. Denn in fast allen Fachbereichen der FHS besteht ein numerus clausus (Aufnahmebeschränkung). In der Elektrotechnik werden 70% aller Bewerber abgewiesen. In der Chemie, in der Sozialpädagogik

und im Flugzeugbau gelangen nur 50% der Bewerber auf die FHS, in der Schiffsbetriebstechnik ca. 60%. Für den Fachbereich Wirtschaft und Verwaltung der FOS existiert an der FHS kein entsprechender Fachbereich, und an der Hochschule für Wirtschaft und Politik sah die letzte Prüfung folgendermaßen aus: 442 Bewerber, 290 davon bestanden die Prüfung, davon wurden maximal 80 aufgenommen, außerdem besteht noch ein Überhang von 70 Bewerbern seit 1969.

Die Tendenz des Kapitals, die Fachhochschulen mit "schlechten" Abiturienten vollzustopfen, um die Abiturientenlawine abzufangen, zeichnet sich immer deutlicher ab. Die Chancen sind also katastrophal.

Völlige Unklarheit besteht ebenso über die Art und den Inhalt des Unterrichtes: Jeder auch nur halbwegs unqualifizierte Beamte kann den gummiartigen Rahmenlehrplan nach seinen "Vorstellungen" von Bildung anwenden, aber die eigentlich Betroffenen haben kein Recht der Mitbestimmung.



"Solange wir noch keine Lehrinhalte haben, bilden wir Sätze mit F, und O und S!"

Es gibt kein Geld für Lehrmittel und es fehlen spezielle Lehrmittel für Fachoberschulen. Außerdem fehlt Geld, für eine angemessene Ausbildungsbeihilfe. Die Verhältnisse an der FOS sind cha-

otisch; die Fachoberschüler haben inzwischen erkannt, daß sie als Versuchskaninchen mißbraucht werden. Und nicht nur als Versuchskaninchen werden sie gebraucht, die Fachoberschüler der 11. Klassen werden im Praktikum vom Kapitalisten als billige Arbeitskräfte angewendet.

Fachoberschüler FOS: Organisieren Sich!

Die Fachoberschüler werden sich nicht länger verschaukeln lassen. Sie sind in Hamburg zwar verteilt auf ca. 15 Schulen, zersplittert in viele Fachbereiche, aber sie haben gemeinsame Interessen. Die Behörde (Interessenvertretung der Kapitalisten) ist zentral organisiert und wird solange die einzelnen Schulen und Fachbereiche gegeneinander ausspielen können, wie sie sich nicht ebenfalls zentral organisieren, um die Interessen aller Fachobergemeinsam zu vertreten.

Ein Anfang ist gemacht, am 12 Mai kamen Fachoberschüler aus allen Schulen zu einer gemeinsamen Vollversammlung zusammen, um die zukünftige Vertretung der gemeinsamen Interessen vorzubereiten:

- Abschaffung des numerus clausus.
- Forderung nach angemessener Ausbildungsbeihilfe.
- Forderung nach mehr und besseren Lehrmitteln (Bücher müssen noch z.T. selbst gekauft werden.)
- Mitbestimmung über die Bildungsinhalte

usw.

Es wurden Arbeitsgruppen gebildet, die die Situation der Fachoberschüler untersuchen und eine feste und unabhängige Organisation aller Fachoberschüler vorbereiten sollen. Ein Gespräch mit dem für die FOS zuständigen Behördenvertreter über die Interessen der Fachoberschüler verlief ergebnislos.



Der Druck auf die Behörde muß verstärkt werden.



Kommunisten schreiben da weiter, wo andere aufhören.

In der **UZ** schreiben Kommunisten

UZ ist nicht „überparteilich“. **UZ** kommentiert vom marxistischen Klassenstandpunkt aus. **UZ** ist darum die Zeitung für Lohnabhängige, Schüler, Lehrlinge, für alle, über die heute bestimmt wird und für alle, die diesen Zustand ändern wollen.



Überzeugen sie sich.
Bestellen sie **UZ** auf
Probe. Sie erhalten **UZ**
4 Wochen kostenlos.

► **UZ** Landesbüro
Hamburg Vertriebs-
abt. 2000 Hambg. 36
Kaiser-Wilhelmstr. 89

Die Ware

Der Mensch als Produzent

Grundbedingung des menschlichen Lebens ist die Befriedigung der Existenzbedürfnisse. Die Menschen müssen arbeiten, um die naturgegebene Knappheit der Güter, die zur Bedürfnisbefriedigung dienen können, zu überwinden. Um ihre verschiedenen Bedürfnisse zu befriedigen, müssen die Menschen Produkte mit unterschiedlichem Nutzeffekt herstellen, indem sie verschiedene Arten von konkreter Arbeit verrichten (Maurer, -Becker Arbeit zB).

Diese Produkte stellen für die Konsumenten Gebrauchsgegenstände dar.

Der Tausch

Die Menschen haben sich im Laufe der Geschichte mit Hilfe der Arbeitsteilung in die Lage versetzt, mehr zu produzieren, als sie zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse brauchen.

Sie beginnen, das überschüssige Produkt zu tauschen und produzieren später nur noch für den Tausch. Sobald die Menschen nur noch für den Tausch produzieren, werden die Produkte zu Waren. Es zeigt sich im Tausch, daß sich qualitativ verschiedene Waren in bestimmter Quantität tauschen; jede Ware hat also einen bestimmten Tauschwert.

Qualitativ verschiedene Gebrauchswerte müssen, wenn sie zum Zweck des Tausches quantitativ verglichen werden sollen, eine gemeinsame Substanz haben; denn nur gleiches ist vergleichbar. Das Gemeinsame aller Waren ist, daß sie Produkte menschlicher Arbeit sind. Die Quantität der Arbeit ist deren Zeitdauer und wird gemessen in Stunden.

Der Tauschwert einer Ware verhält sich zum Tauschwert einer anderen Ware wie das Quantum der in der einen Ware vergegenständlichten Arbeit

zum Quantum der in der anderen Ware dargestellten Arbeit. Nur gleiche Wertgrößen werden getauscht.

Gebrauchswert - Tauschwert

Die Ware ist Einheit von zwei gegensätzlichen Bestimmungen:

I Soweit sie nützliches Ding ist, d.h. unter dem Aspekt der Bedürfnisbefriedigung betrachtet wird, ist sie Gebrauchswert. Waren als Gebrauchswerte sind Verbindungen von Naturstoff und konkreter Arbeit, die aufgewendet wird, um den Naturstoff für den konsumierbar zu machen.

Da die menschlichen Bedürfnisse qualitativ verschieden sind, werden sie durch qualitativ verschiedene Gebrauchswerte befriedigt.

Jede Ware ist mit anderen Waren vergleichbar, da sie neben nicht vergleichbaren Gebrauchswerten eine qualitative Substanz, den Tauschwert oder Wert, der durch das vergegenständlichte Arbeitsquantum (Arbeitszeit) bestimmt ist, besitzt.

Naturstoffe, die menschliche Bedürfnisse befriedigen, und deshalb Gebrauchswerte sind (Luft, Wasser, Boden etc) haben erst dann vergleichbaren Tauschwert, wenn in ihnen Arbeit vergegenständlicht ist.

Der Tauschwert oder Wert einer Ware ist bestimmt durch das in ihr und den zu ihrer Produktion notwendigen Rohstoffen vergegenständlichte Arbeitsquantum.

Die Ware hat also die zwei Seiten;

1. Gebrauchswert
2. Wert

Für den Kapitalisten ist die Hauptseite der Tauschwert. Er ist nur insofern am Gebrauchswert interessiert, als dieser der Träger des Tauschwertes ist. Er muß also Gebrauchswerte herstellen, um auf dem Markt den Tauschwert zu realisieren, damit er seinen Profit erhält. (Wie dieser Profit entsteht wird in der nächsten Ausgabe behandelt).

Über den Einmarsch in Kambodscha

"Unruhe stiften, scheitern, abermals Unruhe stiften, wieder scheitern und so weiter bis zu ihrem Untergang - das ist die Logik der Imperialisten und aller Reaktionäre in der Welt dem Volk gegenüber, und sie werden niemals gegen diese Logik verstoßen.

Das ist ein Gesetz des Marxismus. Wenn wir sagen: der Imperialismus ist bestialisch, so meinen wir, daß sich sein Wesen nicht ändern kann, daß die Imperialisten bis zu ihrem Untergang ihr Schlächtermesser nie aus der Hand geben können, sich nie in Buddhas verwandeln können.

Kämpfen, unterliegen, nochmals kämpfen, wieder unterliegen, erneut kämpfen und so weiter bis zum Sieg - das ist die Logik des Volkes, und auch das Volk wird niemals gegen diese Logik verstoßen. Das ist ein anderes Gesetz des Marxismus. Die Revolution des russischen Volkes verlief nach diesem Gesetz und so entwickelt sich auch die Revolution des chinesischen Volkes."

Mao Tsetung

(... und des kambodschanischen und des laotischen und des guatemaltekischen und des ...)

Profitprobleme

In dem soeben veröffentlichten Jahresbericht der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO heißt es:

"Das wichtigste und unmittelbare Problem ist der große Überschuß an Molkereiprodukten ...!

Die Überschüsse an Weizen sind erneut zu einer vorrangigen Frage für die beiden nordamerikanischen Länder (USA, Kanada) geworden. Die drei auf der Hand liegenden Antworten auf diese Frage scheinen keine erfolgversprechenden Lösungen zu bieten.

1. Es ist kostspielig und riskant, den Anbau zu beschränken.
2. Alle überschüssigen Nahrungsmittel zu verschenken, würde den Welthandel ernsthaft beeinträchtigen. (Wessen Handel?)
3. Bisher wurde kein Mittel gefunden, um die Weltabsatzmärkte durch Freissenkung zu erweitern.

Hauptüberschußländer nach dem Bericht der UNO für das Jahr 1969:

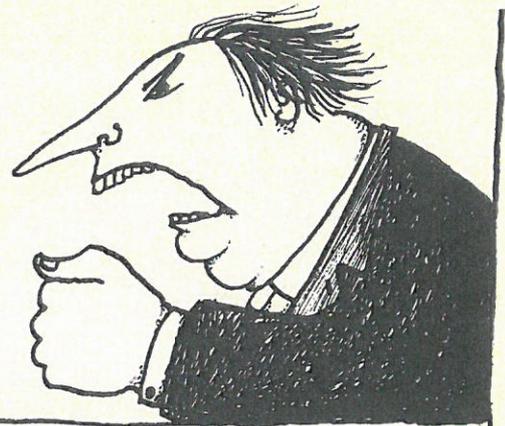
USA	22,1	Mill. t.	Getreide
Kanada	22,6	"	"
Australien	7,5	"	"
EWG	10,0	"	"
Argentinien	0,7	"	"

(Frankfurter Rundsch. 3.12.69)

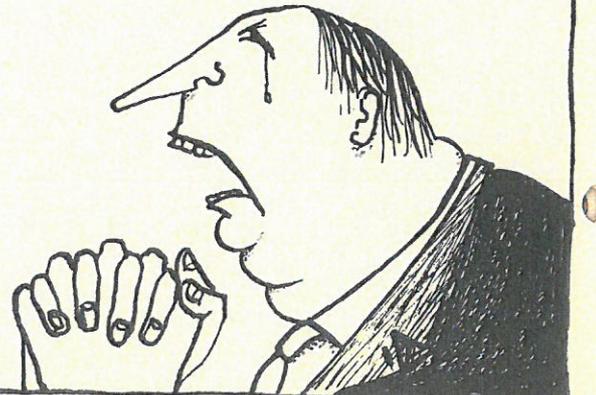
Unterernährung in 10 US-Staaten.

In 10 US-Bundesstaaten wurde bei amtlichen Stichproben unter minderbemittelten Familien Unterernährung in einem solchen Ausmaß festgestellt, daß bei der Mehrzahl der untersuchten Kinder Wachstumsstörungen und Knochenmißbildungen die Folge sind. Die größte Gefahr der Unterernährung liegt jedoch nach Ansicht der untersuchenden Behörde in einer geistigen Zurückgebliebenheit der betroffenen Kinder.

(Frankf. Rundschau v. 28.4.70)



Es muß endlich ein Wort der Entrüstung gesagt werden....



Über das tragische Schicksal der Völker von Vietnam und Kambodscha



aber schließlich führen wir Krieg für unsere Freiheit....



und unseren Profit.